

Pressemitteilung: Warnung vor israelischem Militärschlag gegen Iran

An die Presse, 4. August 2009

Erklärung aus der Friedensbewegung:

"Wir warnen vor Kriegsdrohungen Israels gegen Iran Der Konflikt muss und kann mit zivilen Mitteln gelöst werden"

Namhafte Persönlichkeiten aus der Friedensbewegung warnen dringend vor einem möglichen Militärschlag Israels gegen iranische Atomanlagen und fordern eine Lösung des Konflikts mit zivilen Mitteln.

Es gebe inzwischen viele Hinweise auf ernsthafte Vorbereitungen militärischer Angriffe, u.a. die Verlegung von israelischen U-Booten ins Rote Meer und Angriffsübungen auf den US-Stützpunkten in Nevada und Washington. Hinzu komme eine verschärfte Kriegsrhetorik der rechtsgerichteten israelischen Regierung gegen Iran, seit sie wegen des Siedlungsbaus auf palästinensischem Boden von den USA unter Druck gesetzt werde.

"Auch von iranischer Seite wird der Konflikt immer wieder durch Drohungen gegen Israel als Besatzungsmacht im Westjordanland aufgeheizt. Es entsteht eine Vorkriegsstimmung. Das ist höchst gefährlich. Von Nahost bis Mittelost darf nicht gezündelt werden!" heißt es in einer am Dienstag verbreiteten Erklärung.

Erinnert wird an frühere Angriffe israelischer Kampfbomber u.a. 1981 auf den irakischen Atommeiler Osirak und auf eine vermutete Nuklearanlage in Syrien im Jahre 2007. Gegen Iran drohe jetzt der Einsatz der aus Deutschland gelieferten raketenbestückten U-Boote der Delphin-Klasse. Damit wäre Deutschland indirekte Partei. Die VertreterInnen von Friedensbewegung und Friedensforschung warnen vor den katastrophalen Folgen eines israelischen Angriffs auf Iran.

Es drohten ein Flächenbrand in der ganzen Region, die Stärkung nationalistischer und fundamentalistischer Kräfte und der theokratischen Diktatur im Iran und neue Feindschaft zwischen der islamischen Welt und dem Westen. Präsident Obamas Politik des Dialogs läge in Trümmern.

Zur Lösung des Atomkonflikts mit Iran und zur Vermeidung einer Eskalation des atomaren Wettrüstens in der Region gebe es noch ein Zeitfenster, dass jetzt intensiv genutzt werden müsse. Verhandlungen mit dem Ziel der Sicherheit für alle Staaten im Nahen und Mittleren Osten einschließlich Israels und Irans hätten eine Chance. Ein Instrument könne die Einrichtung einer dauerhaften 'Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten' sein, die auch den Israel/Palästina-Konflikt einbeziehe.

Zur Deeskalation des aktuellen Bedrohungsszenariums sollten die Regierungen in Israel, den USA und im Iran alle verbalen und militärischen Drohgebärden unterlassen und ihre Bereitschaft für eine zivile Bearbeitung des Konflikts unterstreichen.

An die Bunderegierung richtet sich der dringende Appell, alle Waffenexporte in das Spannungsgebiet einschließlich geplanter Lieferungen weiterer U-Boote an Israel zu stoppen und sich für eine Deeskalation des Konflikts zwischen Israel und Iran einzusetzen.

Die Erklärung wurde unterzeichnet von:

Andreas Buro (Friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie), Reiner Braun (Geschäftsführer der Deutschen Sektion von IALANA), Angelika Claussen (Vorsitzende der Deutschen Sektion von IPPNW), Hans-Peter Dürr (Schirmherr der Internationalen Münchner Friedenskonferenzen), Heiko Kauffmann (Träger des Aachener Friedenspreises),

Mohssen Massarrat (Friedens- und Konfliktforscher), Wiltrud Rösch-Metzler (Pax Christi Nahostkommission, deutsche Sektion), Clemens Ronnefeldt (Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes), Otmar Steinbicker (Vorsitzender des Aachener Friedenspreis e.V., Sprecher der Kooperation für den Frieden), Mani Stenner (Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative), Peter Strutynski (Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag)

F.d.R.: Manfred Stenner (Netzwerk Friedenskooperative)

Für Nachfragen:

Über das Büro der Friedenskooperative (Tel. 0228/692904) kann Kontakt zu allen UnterzeichnerInnen hergestellt werden.

Der Initiator Prof. Dr. Mohssen Massarrat hat die Telefonnummer(n): Tel: 0541/442284, Handy: 0176/96746309

P.S.: Gegen die Lieferung deutscher U-Boote an Israel wenden sich Friedensgruppen auch in einem Offenen Brief an die Bundeskanzlerin, der auf der Homepage der Ärzteorganisation IPPNW unterschrieben werden kann, siehe: <http://www.ippnw.de>